
**BERICHT ÜBER DIE SCHWERPUNKTE DER SCHWEIZ IN DER OSZE
IM JAHR 2003**



INHALT

- 1. Einleitung**
- 2. Feldaktivitäten der OSZE**
 - 2.1 Balkan
 - 2.2 Osteuropa
 - 2.3 Kaukasus
 - 2.4 Zentralasien
- 3. Die politisch-militärische Dimension**
- 4. Die Wirtschafts- und Umweltdimension**
- 5. Die menschliche Dimension**
- 6. Die Institutionen der OSZE**
 - 6.1 Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)
 - 6.2 Der Beauftragte für Medienfreiheit
 - 6.3 Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)
- 7. Die parlamentarische Versammlung der OSZE**
- 8. Budget der OSZE und Beiträge der Schweiz**
- 9. Schlussbemerkungen**

1. EINLEITUNG

Unter dem Vorsitz der Niederlande war die OSZE 2003 bestrebt, sich neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu stellen.

Die Aussenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten verabschiedeten anlässlich des Ministerrats von Maastricht im Dezember eine OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert. Die Strategie lässt sich von der Erkenntnis leiten, dass nebst den zahlreichen zwischen- oder innerstaatlichen Konflikten, dem Terrorismus und dem organisierten Verbrechen insbesondere auch eine zunehmende Diskriminierung und Intoleranz sowie die Verletzung der Menschenrechte die Sicherheit im OSZE-Raum untergraben und die Gewaltbereitschaft erhöhen. Als konkrete politisch-militärische Herausforderungen werden die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen hervorgehoben.

Ein zweites, ebenfalls auf Ministerebene gebilligtes Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension zielt darauf ab, die Zusammenarbeit der OSZE vor allem in den Bereichen Ökologie und gute Regierungsführung zu verstärken.

In zwei wichtigen Rahmenbeschlüssen wurden zudem Arbeiten des Forums für Sicherheitskooperation zu den tragbaren Fliegerabwehrsystemen als Teil des Vollzugs des OSZE-Kleinwaffendokuments unterstützend zur Kenntnis genommen und ein neues OSZE-Dokument zu Lagerbeständen konventioneller Munition willkommen geheissen.

Weil kein Konsens zustande kam, musste der Ministerrat von der Verabschiedung der traditionellen gemeinsamen Schlusserklärung absehen.

Ein Kernstück der OSZE-Aktivitäten im Jahr 2003 war die Ausarbeitung eines Aktionsplanes für die Bekämpfung des Menschenhandels. Der Aktionsplan wird den Teilnehmerstaaten und den Institutionen der OSZE als Leitfaden dienen bei der Strafverfolgung von Menschenhändlern, der Opferhilfe sowie bei der Umsetzung der wichtigen Verhütungsmassnahmen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Anerkennung der Tatsache, dass es sich beim Phänomen des Menschenhandels in erster Linie um eine gravierende Verletzung der Menschenrechte handelt.

Die 18 Feldpräsenzen der OSZE haben auch in diesem Jahr in Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien ihre Funktion als Hauptinstrumente in den Bereichen Früherkennung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge wahrgenommen – eine äusserst wertvolle Arbeit, die von der breiteren Öffentlichkeit in der Regel kaum wahrgenommen wird. Die seit 1995 in Tschetschenien tätige OSZE-Unterstützungsgruppe wurde Anfang Jahr aufgelöst, nachdem kein Konsens für eine Mandatsverlängerung gefunden werden konnte. In Belarus nahm ein neues OSZE-Büro seine Tätigkeit auf.

Kurz vor Jahresende konnte die OSZE erneut ihre bekannte Flexibilität unter Beweis stellen, indem sie innert kurzer Frist die Finanzierung der aufgrund der so genannten "Rosenrevolution" notwendig gewordenen Neuwahlen in Georgien im Jahr 2004 in Aussicht stellte.

2. FELDAKTIVITÄTEN DER OSZE

Die OSZE nimmt unter den regionalen sicherheitspolitischen Organisationen eine Sonderstellung ein, dies auch wegen ihres ausgedehnten Netzes von Feldpräsenzen. Sie beschäftigt etwa 3000 Personen in 18 Missionen in Osteuropa, im Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien. Die Präsenzen sind das Hauptinstrument in den Bereichen Früherkennung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Diese sinnvollen Aktivitäten

sind der breiteren Öffentlichkeit nur wenig bekannt. 2003 begann die OSZE eine Debatte im Hinblick auf die Verbesserung ihres Systems der Feldpräsenz.

2.1 Balkan

a) Einführung

Die OSZE verfügt im Balkan über 6 Feldpräsenzen (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro, Kosovo und Mazedonien). Die Mission im Kosovo ist personell und finanziell die umfangreichste Feldpräsenz der OSZE. Im Balkan befindet sich auch die älteste Feldpräsenz, die "OSZE-Spillover-Überwachungsmission in Skopje" (Mandat September 1992). Die Präsenz in Albanien erfuhr Ende 2003 als einzige OSZE-Mission eine Mandatsänderung.

b) OSZE-Präsenz in Albanien

- Hauptsitz in Tirana + 6 Feldstationen in Gjirokaster, Kukes, Peshkopia, Shkoder, Vlora, Elbasan
- Eröffnung: 1997
- Budget (2003): 3 949 200 Euro

2003 setzte sich die OSZE-Präsenz hauptsächlich für eine Wahlreform und die Rückerstattung von Eigentum ein. Die Präsenz übernahm bei den Verhandlungen über das neue albanische Wahlgesetz vom 19. Juni 2003, einem Meilenstein im demokratischen Reformprozess, eine wichtige Vermittlerrolle. Im Herbst übergab die Präsenz dem Parlament einen Gesetzesentwurf zur Rückerstattung von Eigentum, der eine Verschmelzung des Regierungs- und Oppositionsvorschlags darstellte. Zudem unterstützte die Präsenz die albanischen Behörden im Kampf gegen den Menschenhandel und bei der Dezentralisierung lokaler Regierungs- und Verwaltungseinheiten.

⇒ **Für die Gemeindewahlen in Albanien vom Oktober entsandte die Schweiz 2 Langzeit- und 5 KurzzeitbeobachterInnen des Schweizerischen Expertenpools für zivile Friedensförderung (SEF). Im Übrigen engagierte sie bis im März einen "Head of Field Office". Im Zeitraum zwischen September und November 2003 unterstützte sie das OSZE-Projekt "Domestic Observation Capacity Building Project" mit einem Betrag von 12 000 Euro zur Bildung von Expertenwissen bei lokalen NGOs im Bereich der Wahlbeobachtung.**

c) OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

- Hauptbüro in Sarajewo + 4 regionale Zentren in Sarajewo, Tuzla, Mostar und Banja Luka + 21 Feldbüros
- Eröffnung: 1995 (Mandat im Dayton-Abkommen festgelegt)
- Budget (2003): 20 043 700 Euro

Im Rahmen der 2002 beschlossenen nationalen Bildungsreform leitete die Mission Massnahmen ein zur Entwicklung gemeinsamer Lehrpläne für die Primar- und Sekundarstufe, zur Verbesserung des Bildungszugangs von Roma und Sinti sowie zur Öffnung des Hochschulwesens. Wesentliche Fortschritte wurden bei der Modernisierung der Streitkräfte erzielt. Zum ersten Mal seit den kriegesischen Auseinandersetzungen von 1992-1995 werden sie unter einem vereinheitlichten, demokratisch kontrollierten Kommando geführt und tragen eine einheitliche Uniform. Im Bereich der Demokratisierung wurde das Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Verantwortlichkeit der politischen Institutionen gelegt. Weitere Anstrengungen wurden zur Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen unternommen.

⇒ **Die Schweiz entsandte 5 SEF-ExpertInnen in die Mission, die ihr Wissen in die Bereiche Menschenrechte, Demokratisierung und öffentliche Verwaltung einfließen liessen.**

d) OSZE-Mission in Kroatien

- Hauptsitz in Zagreb + 3 Feldzentren in Vukovar, Sisak and Knin + 7 Feldbüros
- Eröffnung: 1996
- Budget (2003): 10 418 100 Euro

Die stark auf die menschliche Dimension ausgerichtete Mission der OSZE wurde besonders durch das kroatische Ziel des EU-Beitritts in Anspruch genommen. Die Aufnahmekriterien der EU decken sich teilweise mit dem Arbeitsmandat der Mission, welche die Beitrittsvorbereitungen deshalb intensiv begleitete. Im Zentrum der Tätigkeit standen die Verbesserung der Situation der nationalen Minderheiten und die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen. Die von der Regierung Kroatiens in Gang gesetzte Justizreform berücksichtigte viele Anregungen der OSZE-Mission. Das Gleiche galt für neue Gesetze, die Medien betrafen.

⇒ **Bis im Mai 2003 war 1 Schweizer Menschenrechtsspezialist in der Mission tätig.**

e) OSZE-Mission in Serbien und Montenegro

(früher: Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien)

- Hauptsitz in Belgrad + 1 Büro in Podgorica
- Eröffnung: in Belgrad 2001, in Podgorica 2002 (in Ausführung der Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrats und auf Einladung der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien; die Mission ersetzte die OSZE-Langzeitmissionen in Kosovo, Sandjak und Vojvodina)
- Budget (2003): 8 604 000 Euro

Eingedenk ihres Mandats führte die OSZE-Mission zahlreiche Projekte zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und zur Förderung der Menschenrechte in den beiden Teilrepubliken weiter. Die mit internationaler Hilfe durchgeführte Polizeireform wurde von der OSZE koordiniert. Im Zuge der landesweiten Korruptionsbekämpfung beriet die Mission die Regierungen bei der Ausarbeitung neuer Gesetze. Ebenfalls unterstützt wurde die Schaffung nationaler Aktionspläne gegen den Menschenhandel. Zur Bekämpfung des Drogenhandels verfasste die Mission eine Strategie in Form von Empfehlungen. Viel Aufmerksamkeit wurde dem Aufbau einer multiethnischen Gesellschaft in Südserbien gewidmet.

⇒ **Die Schweiz unterstützte in Südserbien ein Projekt zur Realisierung von Radioprogrammen multi-ethnisch zusammengesetzter Journalistenteams ("Co-Production Programs of Radio Bujanovac") mit einem Betrag von 5 290 Euro.**

⇒ **In Montenegro wurde mit 5 800 Euro ein Projekt zur Förderung von Frauen auf lokaler Ebene mitfinanziert ("Municipal Gender Program in Montenegro").**

⇒ **In Serbien entsandte die Schweiz für die Präsidentschaftswahlen im November 2 Langzeitbeobachter und für die Parlamentswahlen im Dezember 2 Langzeit- und 3 KurzzeitbeobachterInnen; in Montenegro waren für die Präsidentschaftswahlen im Februar 1 Langzeit- und im Mai 1 Langzeit- und 3 Kurzzeitbeobachter tätig.**

f) OSZE-Mission in Kosovo

- Hauptsitz in Pristina + 9 Feldpräsenzen + 1 „Kosovo Police Service School“
- Eröffnung: 1999 (als Bestandteil der UNO-Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK) gemäss Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrats)
- Budget (2003): 42 477 600 Euro

Als direktverantwortliche Institution für die Durchführung von Wahlen in Kosovo begann die OSZE-Mission damit, die schrittweise Übergabe von Kompetenzen an lokale Wahlbehörden und die Wahlen von 2004 vorzubereiten. Der Aufbau von Institutionen als Teil des Demokratisierungsprozesses wurde fortgeführt. Um die Versöhnung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern, wurden zahlreiche Aktivitäten zugunsten einer toleranten oder multiethnischen Medienlandschaft durchgeführt. Die von der OSZE ins Leben gerufene "Kosovo Police Service School" bildete 2003 weitere 700 Rekruten aus. Die Polizeischule fing zudem damit an, die von ihr erworbene Expertise mit anderen Ausbildungsprogrammen für Polizisten in Georgien, Afghanistan und Irak auszutauschen. Da sich das Zusammenleben der unterschiedlichen Gemeinschaften im Kosovo nach wie vor nicht stabilisiert hat, ist die OSZE-Mission vor immer neue Herausforderungen gestellt.

- ⇒ **Mit einem Betrag von 80 000 Euro unterstützte die Schweiz ein auf der serbischen Seite von Mitrovica gelegenes Begegnungszentrum ("Community Centre Mitrovica").**
- ⇒ **In der Mission waren insgesamt 7 Schweizer Experten in den Bereichen Menschenrechte, Demokratisierung, Wirtschaftstraining und Medienentwicklung beschäftigt.**

g) OSZE-Spillover-Überwachungsmission in Skopje

- Eröffnung: 1992 (im Zusammenhang mit den Bemühungen der "European Union Monitoring Mission" (EUMM), ein Übergreifen der Spannungen in der damaligen Republik Jugoslawien auf die Nachbarländer zu verhindern, und in Ausführung der im Ohrid-Rahmenabkommen festgelegten Ziele und Massnahmen)
- Budget (2003): 16 205 600 Euro

Auch in diesem Jahr war ein bedeutender Teil der Aktivitäten der OSZE-Mission durch die Aufgaben des Rahmenabkommens von Ohrid vorbestimmt, das nach den Kampfhandlungen 2001 die Befriedung des Landes untermauern sollte. Bis im Juli 2003 konnten die im Abkommen vorgesehenen 1000 Polizeikadetten, die sich aus den Minderheiten Mazedoniens rekrutierten, ausgebildet werden. Zusätzlich wurde ein neues Programm für ein "Community Policing" eingeleitet. So genannte "Confidence Building officers" wurden in den ehemaligen Konfliktgebieten eingesetzt, um die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften zu verbessern. Mit der Publizierung der Resultate der Volkszählung von 2002 konnten weitere, für das nächste Jahr geplante Reformen und die Durchführung von Lokalwahlen in die Wege geleitet werden. Die Mission fing auch damit an, sich vermehrt dem Aufbau von Institutionen, wie z.B. einer Ombudsstelle zur Bekämpfung von Diskriminierung, zu widmen – vielleicht ein Zeichen, dass die Phase der unmittelbaren Konflikt-nachsorge bereits durchlaufen ist.

- ⇒ **Die Schweiz entsandte 3 Experten in die Mission: 1 Projektmanager und 2 Experten in "Confidence Building".**

2.2 Osteuropa

a) Einführung

In Osteuropa sind drei Feldpräsenzen der OSZE angesiedelt (Belarus, Moldova, Ukraine). Am 1. Januar 2003 konnte ein neues OSZE-Büro in Minsk seine Tätigkeit aufnehmen, nachdem die "OSCE Advisory and Monitoring Group in Belarus" aufgelöst worden war.

b) OSZE-Büro in Minsk

- Eröffnung: 1. Januar 2003

- Budget (2003): 832 600 Euro

Im ersten Jahr seines Bestehens baute das Büro Kontakte zu den belarussischen Behörden und zur lokalen Zivilgesellschaft auf. Gemäss dem Mandat, das eine enge Kooperation und Konsultation mit der Regierung vorsieht, wurden vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die nach eingehender Prüfung von insgesamt 75, zumeist von Belarus vorgeschlagenen Programmtätigkeiten 13 Projekte für die konkrete Durchführung identifizierten. Verschiedene Veranstaltungen widmeten sich dem Aufbau von lokalen demokratischen Strukturen und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wahlen. Um das Bewusstsein für die Menschenrechte bereits bei der Jugend zu schärfen, konnte die Ausarbeitung eines speziellen Lehrmittels für die Sekundarstufe vorbereitet werden. Zur Förderung einer kritischen Medienlandschaft wurden Auslandsreisen für Journalisten vermittelt. Vertreter des Büros verfolgten auch als Beobachter den Ablauf von politischen Demonstrationen und Gerichtsverhandlungen gegen Nichtregierungsorganisationen. Ferner wurden Gefängnisse besucht, um die Haftbedingungen zu untersuchen. Im Wirtschaftsbereich konzentrierten sich die Aktivitäten des OSZE-Büros auf eine Reform der Altersvorsorge und die Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) besonders in ländlichen Gegenden.

c) OSZE-Mission in Moldova

- Hauptquartier in Chisinau, Verbindungsbüro in Tiraspol
- Eröffnung: 1993 in Chisinau, 1995 in Tiraspol
- Budget (2003): 1 115 100 Euro

Im Rahmen der vom niederländischen Vorsitz lancierten Bemühungen, den "eingefrorenen" Konflikt um die nach Unabhängigkeit strebende transnistrische Region Moldovas einer endgültigen Lösung zuzuführen, intensivierte auch die OSZE-Mission ihr Engagement für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zusammen mit Russland und der Ukraine. Um die Arbeiten einer gemeinsamen Kommission zur Schaffung einer neuen Verfassung für eine wiedervereinigte Republik zu unterstützen, eröffnete die Mission im transnistrischen Bendery ein neues Büro. Doch weder die Verfassungskommission noch ein unabhängiger russischer Friedensplan waren in der Lage, eine permanente Konfliktlösung herbeizuführen. Mit Hilfe der Mission konnten ungefähr ein Drittel der in Transnistrien gelagerten russischen Munitionsbestände nach Russland transportiert werden. Das im Rahmen der OSZE vereinbarte Ziel eines vollständigen Rückzugs bis Ende 2003 konnte aber nicht erreicht werden. Ebenso erfolglos blieben die Anstrengungen zugunsten einer freien Wahl der Unterrichtssprache in den Schulen im transnistrischen Teil Moldovas durch die lokale Bevölkerung. Im Kampf gegen den Menschenhandel nahm die Mission eine führende Rolle auf dem Gebiet der Koordination und des Opferschutzes wahr.

- ⇒ **Die Schweiz erklärte sich bereit, einen Teil des von ihr im so genannten "Voluntary Fund" zur Verfügung gestellten Geldes für ein konkretes Munitionsvernichtungsprojekt in Kolbasna (Transnistrien) zu verwenden. Die Implementierung der diesbezüglichen Vereinbarung scheiterte jedoch am Widerstand der transnistrischen Seite.**
- ⇒ **Für die lokalen Wahlen im Juni wurden 1 juristischer Berater und 4 Kurzzeitbeobachter entsandt.**

d) OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

- Hauptquartier in Kiew
- Eröffnung: 1999
- Budget (2003): 1 136 100 Euro

Die seit 1994 bestehende OSZE-Mission in Kiew, die massgeblich zur Lösung des Krimkonflikts beigetragen hatte, wurde 1999 geschlossen. Mit der Einrichtung der Stelle eines Projektkoordinators konnte noch im selben Jahr eine neue Form der Zusammenarbeit geschaffen werden. Bis Februar 2002 war der Schweizer Peter Burkard in dieser Funktion tätig (nachher Missionschef in Baku). 2003 bemühte sich der gegenwärtige amerikanische Projektkoordinator die von der Ukraine entwickelten nationalen Aktionspläne mittels konkreter Projekte und einer eigens dafür erstellten Projekt-Datenbank gezielt zu unterstützen. Viele der 2003 begonnenen Projekte werden auch 2004 weitergeführt und beinhalten die Förderung der Rechtsstaatlichkeit durch die Ausbildung von Richtern und Rechtsanwälten, die Beratung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Erschliessung von Randzonen und die Schulung von Spezialisten für die "Hotlines" zur Bekämpfung des Menschenhandels.

2.3 Kaukasus

a) Einführung

Die OSZE zog sich Anfang 2003 aus Tschetschenien zurück, bleibt aber in drei Ländern der Region präsent: Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Da in der Region Anfang Jahr Wahlen stattfanden, waren die OSZE-Missionen stark mit der Beobachtung des Wahlprozesses beschäftigt.

Seit 1995 ist die OSZE auch im Konflikt um Nagorny-Karabach aktiv. Ein Sonderbeauftragter – zur Zeit der Pole Andrzej Kasprzyk – unterstützt im Rahmen der Minsker Konferenz den Vorsitz der OSZE bei den Bemühungen zur Beilegung dieses eingefrorenen Konflikts. Das Amt wurde 1992 geschaffen, als der Rat der OSZE den Vorsitz aufforderte, in Minsk eine Konferenz zu Nagorny-Karabach zu organisieren, um einen Verhandlungsprozess zur friedlichen Beilegung der Krise in Gang zu setzen. Die Konferenz fand nie statt, doch leitet die Minsker Gruppe (die von Frankreich, Russland und den USA gemeinsam präsiert wird und Belarus, Deutschland, Italien, Portugal, die Niederlande, Schweden, Finnland, die Türkei, Armenien und Aserbaidschan umfasst) die Anstrengungen der OSZE im Hinblick auf die politische Lösung dieses Konflikts. Der politische Prozess in Armenien und Aserbaidschan, wo 2003 Wahlen stattfanden, schränkte den Handlungsspielraum des Sonderbeauftragten und der Minsker Gruppe ein. Dank ihrer Vermittlung nahmen die Waffenstillstandsverletzungen entlang der "internationalen Grenze" in der zweiten Hälfte des Jahres ab. Nach den Wahlen wurden der Vorsitz der OSZE, der Sonderbeauftragte und die Minsker Gruppe wieder aktiv, um den Friedensprozess voranzutreiben.

⇒ **Die neuen Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens trafen sich am 11. Dezember am Rande des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft in Genf. Das Treffen wurde von der Schweizer Mission bei den Vereinten Nationen organisiert und von der Sektion OSZE des EDA finanziert.**

b) OSZE-Büro in Armenien

- Büro in Eriwan
- Eröffnung: 2000
- Budget (2003): 933 200 Euro

Das Büro in Eriwan verfolgte die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom März und Mai 2003 aufmerksam. In diesem Rahmen wurden Anstrengungen unternommen, um die Anpassung des Wahlgesetzes zu unterstützen und sicherzustellen, dass die Empfehlungen in den Berichten der BDIMR-Beobachtungsmissionen auch umgesetzt werden. Das Büro setzte sich auch für die Reform der Gesetzgebung ein und wirkte beispielsweise bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Informationsfreiheit mit. Im Bereich der inneren Sicherheit wurde 2003 ein breites Programm zur Polizeiunterstützung eingeführt,

das eine Partnerschaft zwischen der OSZE und den armenischen Polizeikräften vorsieht. Getreu ihrem Mandat war die OSZE zudem auch im Bereich der menschlichen Dimension sehr aktiv, wo sie eine Sensibilisierungskampagne für Menschenrechte und Religionsfreiheit lancierte. Zahlreiche weitere Initiativen betrafen die Förderung der guten Regierungsführung und die Korruptionsbekämpfung.

- ⇒ **Die Schweiz entsandte 11 Wahlbeobachter an die Wahlen vom Frühling 2003.**
- ⇒ **Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) unterstützte die Eröffnung eines nationalen Zentrums zur Bekämpfung der Korruption mit einem finanziellen Beitrag.**

c) OSZE-Büro in Aserbaidschan

- Büro in Baku
- Eröffnung: 2000
- Budget (2003): 1 277 700 Euro

Auch in Aserbaidschan befasste sich das OSZE-Büro mit den Wahlen, die 2003 auf dem Programm standen. Die OSZE-Mission beobachtete insbesondere die Situation vor den Wahlen, d.h. unter anderem die Vorbereitung des Wahlgesetzes, den Ablauf der politischen Kampagne und die Rolle der Medien. Sie koordinierte die Wahlbeobachtungsmission und verfolgte die Kundgebungen nach den Wahlen, die von Festnahmen und der Inhaftierung Oppositioneller gefolgt waren. Wie in Armenien war das Büro im polizeilichen Bereich sehr aktiv. Es erarbeitete ein Projekt zur Ausbildung von Polizeikräften, mit dem neue Methoden zur Analyse krimineller Phänomene sowie transparente und effektive Rekrutierungs- und Evaluationsverfahren eingeführt werden sollen. Im September weihte das Büro das öffentliche Umweltinformationszentrum ein, das die Transparenz in Ökologiefragen, die das Land betreffen, nach dem Aarhus-Modell fördern soll. Mit der Unterstützung der OSZE konnte Aserbaidschan den Kampf gegen den Menschenhandel verstärken, indem es die Protokolle von Palermo unterzeichnete und einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels verabschiedete.

- ⇒ **Die Schweiz finanziert das Mandat des Leiters des OSZE-Büros in Baku (Botschafter Peter Burkhard).**
- ⇒ **Im Rahmen der Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2003 entsandte die Schweiz 7 WahlbeobachterInnen.**

d) OSZE-Mission in Georgien

- Hauptbüro in Tiflis und ein Büro in Tschinvali
- Eröffnung: 1992
- Budget (2003): 20 565 500 Euro

Die Mission führte ihre Tätigkeit in den vier Bereichen ihres Mandats weiter: Konflikt zwischen Tiflis und der Region Ossetien, Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Friedenssicherung in Abchasien, Überwachung der Grenzen zur Russischen Föderation und gesamtgeorgische Aktivitäten. Hier konzentrierte die Mission ihre Arbeit auf die menschliche Dimension und bot der Regierung und der Zivilgesellschaft technische und rechtliche Unterstützung an. Die Unterstützung der Folterbekämpfung führte im September zur Unterzeichnung eines nationalen Aktionsplans durch den georgischen Präsidenten. Daneben befasste sich die Mission unter anderem auch mit Umweltfragen, vor allem mit Projekten zur Wasserbewirtschaftung. Haupttätigkeit der Mission waren jedoch zweifellos die Parlamentswahlen vom November 2003. Während der Vorbereitung der Wahlen präsierte sie eine Arbeitsgruppe, die mit der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes beauftragt war, führte Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung durch und bereitete die Einsetzung und die Koordination der Wahlbeobachtungsmission vor. Nach den Wahlen

beobachtete die Mission die weiteren politischen Entwicklungen aufmerksam und setzte eine *Task Force* ein, die mit der Erarbeitung des Programms zur Begleitung der für 2004 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beauftragt war. Das Programm sah insbesondere eine administrative und finanzielle Unterstützung der mit den Neuwahlen beauftragten georgischen Behörden, eine Ausbildung für Behörden und Beamten sowie Veranstaltungen zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung in Bezug auf die Wahlen vor.

⇒ **Die Schweiz stellte der Mission einen Grenzwächter zur Verfügung.**

⇒ **Die Schweiz stellte dem Sonderprogramm für die Wahlen in Georgien 200 000 Franken zur Verfügung. Zudem schickte sie insgesamt 13 WahlbeobachterInnen an die Wahlen vom November 2003 und vom Januar 2004.**

e) Tschetschenien

- Unterstützungsgruppe in Tschetschenien
- Schliessung: Anfang 2003
- Budget (2003): 266 900 Euro

Nach acht Jahren Präsenz zog sich die OSZE Anfang 2003 aus Tschetschenien zurück. Dank der Entsendung einer "Fact-Finding-Mission" vor der Abstimmung über die Verfassung im März konnten die offiziellen Kontakte zwischen der OSZE und Russland aufrecht erhalten werden. Die OSZE verzichtete jedoch schliesslich aus Sicherheitsgründen darauf, eine Beobachtermission für diese Abstimmung zu entsenden. Aus denselben Gründen konnte die OSZE auch die tschetschenischen Präsidentschaftswahlen vom Oktober nicht beobachten.

2.4 Zentralasien

a) Einführung

Die OSZE ist in den fünf zentralasiatischen Ländern sehr präsent. Zudem wurde Anfang 2003 der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari zum Sonderbeauftragten des niederländischen Vorsitzes für Zentralasien ernannt. Diese Ernennung unterstreicht die Bedeutung, die die OSZE dieser Region einräumt. Ahtisaari reiste wiederholt nach Zentralasien und baute den Dialog mit hohen politischen Vertretern der Region aus. In seinem Bericht, den er am Ministerratstreffen in Maastricht vorlegte, wies Ahtisaari darauf hin, dass eine bessere Bildung, eine verstärkte regionale Zusammenarbeit und die Rolle der Zivilgesellschaft die drei dringendsten Prioritäten Zentralasiens darstellen.

b) OSZE-Zentrum in Kasachstan

- Hauptbüro in Almaty und ein Verbindungsbüro in Astana
- Eröffnung: 1999
- Budget (2003): 1 173 600 Euro

Dank ihrem weit gefassten Mandat deckte die OSZE mit ihren Aktivitäten in Almaty die drei Dimensionen der Organisation ab. Im September wurde in Astana ein Verbindungsbüro eröffnet, was die zunehmende Bedeutung der OSZE in Kasachstan zeigt. Dank ihrem neuen Büro in der kasachischen Hauptstadt konnte die OSZE ihre Zusammenarbeit mit den Regierungsbehörden ausbauen. Das Zentrum spielte eine sehr wichtige Rolle bei der Reform des Strafvollzugs, wo es sich in den Bereichen Gesetzesreform und Ausbildung des Gefängnispersonals engagierte. Die Frage der Chancengleichheit von Frau und Mann hat an Bedeutung gewonnen, sowohl unter dem Blickwinkel der Menschenrechte als auch im wirtschaftlichen Kontext, wo insbesondere Programme für Unternehmerinnen lanciert wurden. In Fortführung ihrer Arbeit der letzten Jahre achtete die OSZE ausserdem darauf,

dass bei der geplanten Änderung der Wahlgesetzgebung die internationalen Normen eingehalten wurden.

c) OSZE-Zentrum in Kirgisistan

- Zentrum in Bischkek und ein Büro in Osch
- Eröffnung: 1999
- Budget (2003): 1 315 600 Euro

Seit November 2003 hat die OSZE-Mission in Kirgisistan einen neuen Leiter, den Schweizer Markus Müller. Im vergangenen Jahr konzentrierte sich das Zentrum insbesondere auf die Unterstützung der kirgisischen Behörden bei ihrem demokratischen Reformprogramm und befasste sich mit den Gesetzesreformen. Die Tätigkeit der Organisation vor Ort war zudem durch die Errichtung der neuen OSZE-Akademie in Bischkek geprägt: Dank der Unterstützung des Zentrums konnte die Akademie ihre Leitung bestellen und einen Lehrplan ausarbeiten. Mit dem Büro in Osch im Süden des Landes können die Probleme in den Grenzregionen besser verfolgt werden.

- ⇒ **Die Schweiz finanziert das Mandat des Missionschefs des Zentrums von Bischkek (Botschafter Markus Müller).**
- ⇒ **Unsere Delegation in Wien unterstützte das Projekt einer Akademie in Bischkek von Anfang an. Die Schweiz beteiligte sich auch an den Kosten der Gründung der Akademie, in deren Verwaltungsrat übrigens zwei Schweizer sitzen (Botschafter Müller und der Leiter des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik, Botschafter Gérard Stoudmann).**

d) OSZE-Zentrum in Usbekistan

- Büro in Taschkent
- Eröffnung: 1995
- Budget (2003): 942 700 Euro

Seit der Genehmigung des Budgets 2003 und dank der zusätzlichen finanziellen Mittel, die dem Zentrum zur Verfügung gestellt wurden, konnte die OSZE ihre Aktivitäten in Usbekistan ausdehnen, dies vor allem im Bereich der politisch-militärischen Dimension und der Wirtschafts- und Umweltdimension. Dabei war sie zum Beispiel im Bereich der Grenzsicherheit, der Berufsausbildung und der Umweltsicherheit aktiv. Die OSZE setzte sich aber auch für die Medienfreiheit ein, indem sie nützliche Strukturen für Journalisten schuf, beispielsweise eine Rechtsberatung und ein Internet-Café. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom Dezember 2004 organisierte das Zentrum eine Reihe von informativen Rundtischgesprächen für das Personal der internationalen Organisationen und Botschaften vor Ort. Im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE setzte sich das Zentrum für die Wahrung der Rechtstaatlichkeit, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung der Haftbedingungen ein. Überdies übernahm das Zentrum bis zu einem gewissen Grad eine Koordinationsrolle im Menschenrechtsbereich und beherbergte beispielsweise monatliche Treffen für Angehörige von Botschaften und internationalen Organisationen.

e) OSZE-Zentrum in Tadschikistan

- Zentrum in Duschanbe und 5 Büros in Garm, Chudschand, Kuljab, Kurgan-Tjube und Schaartus
- Eröffnung: 1994
- Budget (2003): 2 673 600 Euro

Dank einem neuen Mandat und einem grösseren Budget konnte das Zentrum in Duschanbe seinen Tätigkeitsbereich erweitern, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Umweltdimension. Es lancierte insbesondere Projekte zur Unterstützung von KMU und – in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen – eine Initiative für Umweltsicherheit, mit der Probleme im Zusammenhang mit der Gewässerverschmutzung oder radioaktiven Abfällen bewältigt werden sollen. In Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung organisierte das OSZE-Zentrum ein Seminar über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Grosse Aufmerksamkeit galt des Weiteren der Förderung des politischen Dialogs im Inneren und dem Demokratisierungsprozess: Hier setzte sich das Zentrum (in Zusammenarbeit mit dem BDIMR) mit seinen Anstrengungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bereits für die allgemeinen Wahlen von 2005 ein. Dank ihrer Präsenz in den Regionen können die fünf Verbindungsbüros regionale sicherheitspolitische Fragen leichter verfolgen und auch aktiv werden, zum Beispiel durch Sommercamps zur Sensibilisierung der Jugend für bürgerrechtliche Fragen. In Zusammenarbeit mit der "Fondation Suisse de Déminage" lancierte das Zentrum ausserdem ein Entminungsprojekt, was eine Premiere für die OSZE darstellt.

- ⇒ **Am 29. Mai unterzeichnete das Zentrum ein Abkommen mit der "Fondation Suisse de déminage" über die Umsetzung des Projekts "Mine Action in Tadjikistan". Zwei Inspektionsteams wurden in das Land geschickt, um verminte Regionen ausfindig zu machen. Der Kanton Genf leistete einen Beitrag von 170 000 Euro und kommt damit für rund ein Drittel der Kosten auf.**
- ⇒ **Die Schweiz stellte dem OSZE-Zentrum einen Spezialisten für Genderfragen zur Verfügung: Sein zweijähriges Mandat lief im März 2003 ab.**
- ⇒ **Die Schweiz erarbeitete und finanzierte zusammen mit Deutschland das Projekt "23 Seminars on Law and Religion" mit. Ausserdem wurde über die Vertretung vor Ort die Nachbearbeitung der Seminare am jeweiligen Durchführungsort in die Wege geleitet und finanziert.**

f) OSZE-Zentrum in Turkmenistan

- Zentrum in Aschgabad
- Eröffnung: 1999
- Budget (2003): 704 500 Euro

Das Zentrum konzentrierte sich in erster Linie auf die Förderung des Dialogs mit den turkmenischen Behörden und die Sensibilisierung für die Werte und Aktivitäten der OSZE. Es setzte sich stark für die Entwicklung der Zivilgesellschaft ein. Zudem wurde das Zentrum im Zusammenhang mit den Entwicklungen nach dem mutmasslichen Attentat auf den turkmenischen Präsidenten von Ende November 2002 tätig. Es verfolgte die von den Behörden getroffenen Massnahmen aufmerksam, vor allem die Verhaftung der mutmasslichen Urheber des Attentats. Daneben ermunterte es die turkmenische Regierung zur Zusammenarbeit mit der OSZE im Rahmen des "Moskauer Mechanismus", der von zehn Teilnehmerstaaten eingeleitet wurde, um die Einzelheiten des Attentats und das Vorgehen der turkmenischen Behörden bei den Ermittlungen zu klären. Der Mechanismus berechtigt zur Ermittlung von Verstössen gegen die Verpflichtungen im Rahmen der menschlichen Dimension, dies auch ohne Einwilligung des betroffenen Staats. Das Zentrum setzte sich dafür ein, dass Turkmenistan die Empfehlungen des Berichts befolgt, der im Rahmen des Mechanismus erstellt wurde.

3. DIE POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Im März wurde wie üblich das "Annual Implementation Assessment Meeting" (AIAM) zur Beurteilung der Implementierung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen abgehalten. Die aufgrund dieser Massnahmen regelmässig stattfindenden militärischen Über-

prüfungen und Inspektionen sowie der Informationsaustausch über militärische Aktivitäten der Teilnehmerstaaten haben bis heute massgeblich zur Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum beigetragen, dies obschon einige Teilnehmerstaaten gewisse Implementierungsmängel aufzeigen.

- ⇒ **Die Schweiz ist traditionell eine der aktivsten Delegationen beim AIAM. Sie unterstützte den Vorsitzenden sowohl bei der Vorbereitung wie auch bei der Durchführung des Treffens und setzte sich mit konstruktiven Vorschlägen für eine Verbesserung der Vollzugsqualität der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen ein.**
- ⇒ **Die Schweiz nahm im Rahmen der Kontakte (Wiener Dokument 1999, Kap. IV) an 9 Anlässen im Ausland teil (Besuche von Militärflugplätzen, militärischen Einrichtungen und Verbänden sowie Vorführungen von Hauptwaffensystemen). Im Bereich der Verifikation (Wiener Dokument 1999, Kap. IX) überprüfte die Schweiz eine Gardebrigade in Kroatien und eine Infanteriebrigade in Grossbritannien. Portugal überprüfte in der Schweiz ein Infanterieregiment. Ferner führte die Schweiz Inspektionen in Moldova und Litauen durch und wurde von der Slowakei inspiziert. Ausserdem erfüllte die Schweiz alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit den zahlreichen Kontakten zum Informationsaustausch.**

Ein weiterer Höhepunkt war die erste jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) der OSZE in Wien. Die Konferenz dient der umfassenden Überprüfung der politisch-militärischen Dimension unter besonderer Berücksichtigung der unzähligen Berührungspunkte mit den anderen beiden Dimensionen der OSZE. Mit diesem neuen Dialogforum konnte die politisch-militärische Dimension gestärkt werden, die nun wie die menschliche und wirtschaftliche Dimension (Implementierungstreffen in Warschau, Wirtschaftsforum in Prag) über ein angemessenes Überprüfungsinstrumentarium verfügt.

- ⇒ **Für die Schweiz bot die Konferenz die Gelegenheit, die Wichtigkeit der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung hervorzuheben. Sie plädierte für eine Stärkung des Sekretariats der Organisation und rief die Nützlichkeit des Schiedsgerichtshofes der OSZE in Genf in Erinnerung. Die Schweiz setzte sich zudem für eine engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur ein und rief die Bedeutung der Pflege des Acquis der OSZE-Prinzipien in Erinnerung.**

Die beim Ministerrat von Maastricht verabschiedete Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert trägt der Tatsache Rechnung, dass nebst den klassischen zwischenstaatlichen oder den innerstaatlichen Konflikten der Terrorismus und die organisierte Kriminalität das Bedrohungsspektrum erhöht haben. Weitere Bedrohungen politisch-militärischer Art, die von der Strategie thematisiert werden, sind die destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

- ⇒ **Die Schweiz setzte sich dafür ein, dass Verletzungen von OSZE-Grundwerten, wie z.B. Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, als Konflikt fördernde Faktoren anerkannt werden.**

Im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus beschloss der Maastrichter Ministerrat die Schaffung eines OSZE-Antiterrornetzes. Das Netzwerk erleichtert den raschen Austausch von Informationen über Programme und rechtliche Entwicklungen zum Thema Terrorismusbekämpfung und soll die Arbeit des Ausschusses des UNO-Sicherheitsrats zur Bekämpfung des Terrorismus ergänzen.

- ⇒ **Das Zentrum für Internationale Sicherheitspolitik des EDA wird die schweizerische Kontaktstelle des Antiterrornetzes sein.**

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Terrorismusproblematik beschloss die OSZE, die Sicherheitsnormen für die Ausstellung von Reisedokumenten zu verbessern. Bis Ende 2004 sollen im OSZE-Raum die Mindestsicherheitsstandards für Reisepässe der "International Civil Aviation Organization" (ICAO) und bis Ende 2005 maschinenlesbare Reisepässe eingeführt werden. Fernziel ist zudem die Ausrüstung der Reisedokumente mit einer biometrischen Kennung. Angesichts der Sorge, dass terroristische Gruppen Zugriff auf tragbare Luftabwehrsysteme ("Manpads") finden könnten, beabsichtigt die OSZE, wirksame und umfassende Exportkontrollen für diese Waffensysteme durchzuführen. Grundlage für diese Kontrollen bildet das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen.

Um die Implementierung dieses Dokuments in den einzelnen Teilnehmerstaaten zu unterstützen, wurde ein so genanntes "Handbook of Best Practices" ausgearbeitet. Das Forum für Sicherheitskooperation hat ferner ein Grundlagendokument über Lagerbestände konventioneller Munition geschaffen, das u.a. einen Mechanismus für die Vernichtung überschüssiger Munition zur Verfügung stellt.

⇒ **Die Schweiz beteiligte sich mit konkreten Vorschlägen an der Redaktion des "Handbook" und setzte sich für die gemeinsamen Sicherheitsnormen für Reisedokumente sowie die Exportkontrollen für "Manpads" ein.**

Der Ständige Rat und das Forum für Sicherheitskooperation unterzogen die seit dem Gipfeltreffen von 1992 bestehenden und 1999 ergänzten Bestimmungen der OSZE über friedenserhaltende Operationen einer grundsätzlichen Überprüfung. Dem Ministerrat wurde der Schlussbericht über diese Diskussionen vorgelegt.

⇒ **Die Schweiz setzte sich dafür ein, dass die aus ihrer Sicht zukunftsorientierten und flexibel gestalteten Bestimmungen über Friedenserhaltung nicht grundlegend geändert werden. Wichtig ist aus ihrer Sicht zudem, dass friedenserhaltende Massnahmen der OSZE auch in Zukunft auf Zwangsmassnahmen verzichten und die Möglichkeit erhalten bleibt, das Mandat für eine Operation auch an andere Organisationen zu übertragen.**

4. DIE WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Die Arbeit im Jahr 2003 konzentrierte sich hauptsächlich auf die Ausarbeitung eines neuen Strategiedokuments, um der Arbeit der OSZE im Bereich der Wirtschafts- und Umweltdimension neuen Schwung zu verleihen. Dieser Text evaluiert die neuen Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum, legt die wichtigsten Ziele und Methoden der Zusammenarbeit fest und formuliert Empfehlungen zur Stärkung der Rolle der OSZE in diesem Bereich. Er sieht insbesondere drei Handlungsbereiche: gute Regierungsführung, nachhaltige Entwicklung und Umwelt. Daneben enthält er auch Bestimmungen zur effizienteren Gestaltung des Wirtschaftsforums und zur Verbesserung des Systems zur Überprüfung der Verpflichtungen. Das Strategiedokument wurde am Ministerratstreffen in Maastricht verabschiedet.

⇒ **Die Schweiz arbeitete bei diesem Dokument massgeblich mit und wirkte vor allem darauf hin, dass es auf die durch Gouvernanzprobleme bedingten Risiken und auf die durch schlechtes Umweltmanagement verursachten Gefahren ausgerichtet ist. Zudem brachte sie konkrete Vorschläge ein, die insbesondere im Kapitel über die Umwelt berücksichtigt wurden.**

Das jährliche Wirtschaftsforum in Prag, das 2003 zum elften Mal stattfand, befasste sich mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Waffen-, Drogen- und Menschenhandels. Durch die Wahl dieses Themas konnten die Interessenbereiche des Wirtschaftsforums auf die beiden anderen Dimensionen der OSZE ausgedehnt werden. Zudem betrifft dieses Thema alle

OSZE-Teilnehmerstaaten, entweder als Herkunftsland, als Transitland oder als Zielland. Wie immer gingen dem Forum eine Reihe von Vorbereitungsseminaren voraus (in Bulgarien, Griechenland und Usbekistan), die sich mit den drei Spielarten des illegalen Handels befassten (Waffen, Menschen und Drogen). Das Forum veranstaltete auch einen Tour d'Horizon über die Verpflichtungen der Staaten in den Bereichen Wirtschaft und Umweltschutz: In den Diskussionen ging es vor allem um die Möglichkeiten zur Verbesserung dieses Systems und um die Entwicklung von Leistungsindikatoren. Anlässlich einer Sondersitzung des Forums wurde die erste Phase der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ("Environment and Security Initiative") vorgestellt. Diese wurde im Herbst 2002 von der OSZE, dem UNO-Umweltprogramm (UNEP) und dem UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) lanciert und soll Umweltmanagementstrategien fördern, die die Unsicherheit in Südosteuropa und Zentralasien vermindern.

- ⇒ **Die Schweiz nahm aktiv am Forum in Prag teil. Insbesondere plädierte sie für eine effizientere Überprüfung der Verpflichtungen, die gezielter auf jährlich ausgewählte Spezialthemen ausgerichtet sein sollte.**
- ⇒ **Die Schweiz finanzierte als konkreter Ausdruck ihrer Sensibilisierung in diesem Bereich ein Projekt im Bereich Umweltsicherheit. Das Projekt "Enhancing Environmental Security in South Eastern Europe and Central Asia" wurde mit einem Beitrag von 40 000 Franken unterstützt. Es soll den Ländern der erwähnten Regionen dabei helfen, den Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und sozialer Stabilität zu erkennen und Umweltfragen besser in die Strategien zur Stabilisierung der Region zu integrieren.**
- ⇒ **Das EDA organisierte einen Workshop zum Thema "Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung". Da die OSZE in diesem Bereich tätig ist, nahmen auch Vertreter von OSZE-Staaten teil. Das Treffen fand im Rahmen des Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung des Euroatlantischen Partnerschaftsrates/NATO-Partnerschaft für den Frieden (EAPC/PfP) statt und versammelte etwa 100 Teilnehmer aus 34 Ländern.**

Schliesslich wurde in Wien eine Konferenz über Globalisierung abgehalten. Am Seminar konnten die komplexen Beziehungen zwischen dem Phänomen der Globalisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung, der Konfliktprävention und der menschlichen Sicherheit herausgearbeitet werden. Die Themen der guten Regierungsführung und des Übergangs zur Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der Globalisierung standen im Zentrum der Diskussionen.

- ⇒ **Eine Delegation aus der Schweiz nahm aktiv an der Konferenz teil.**

5. DIE MENSCHLICHE DIMENSION

Die menschliche Dimension der OSZE ist integraler Bestandteil ihrer umfassenden Sicherheitsdefinition. So gesehen war das Jahr 2003 eine intensive Zeit.

Die OSZE wird 2004 einen Sonderbeauftragten zur Bekämpfung des Menschenhandels ernennen, der mit der Umsetzung des Aktionsplans in sämtlichen Teilnehmerstaaten der OSZE betraut wird und dafür zu sorgen hat, dass die Bekämpfung dieses Phänomens auch in Zukunft an der Spitze der politischen Tagesordnung bleibt.

- ⇒ **Die Schweiz beteiligte sich von Beginn an mit substantiellen Beiträgen an der Ausarbeitung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie des Mandats des Sonderbeauftragten für Menschenhandel, der im gesamten OSZE-Raum tätig werden soll.**

Infolge eines Beschlusses über Toleranz und Nichtdiskriminierung, der am Ministerratstreffen von Porto im Dezember 2002 verabschiedet wurde, verpflichtete sich die OSZE, den interethnischen Dialog zu fördern, und organisierte Treffen in Wien zu diesen Fragen (ein Treffen über Antisemitismus und eines über Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit). Anlässlich des Ministerratstreffens von Maastricht bekräftigten die Teilnehmerstaaten ihren festen Willen, die Toleranz zu fördern und alle Diskriminierungen und jede Form von Rassismus, Chauvinismus, aggressivem Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und gewalttätigem Extremismus zu bekämpfen. Zudem beschlossen sie, die Arbeit der OSZE von 2003 weiterzuführen. Insbesondere sollen 2004 drei Konferenzen zu diesen Themen stattfinden (Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie Bedrohung durch Hasspropaganda im Internet).

⇒ **Die Schweiz, die den Beschluss von Porto mit Kirgisistan initiiert hatte, beteiligte sich aktiv an den beiden Konferenzen in Wien und an der Ausarbeitung des Beschlusses von Maastricht.**

Ein anderer Beschluss von Porto bestimmte ebenfalls die Tätigkeit der OSZE im Jahr 2003: der Beschluss über Verpflichtungen betreffend Wahlen. Das BDIMR erstellte eine Studie über die bestehenden Verpflichtungen und Praktiken bei demokratischen Wahlen in der OSZE-Region. Dieses Dokument enthält konkrete Empfehlungen zu allfälligen zusätzlichen Verpflichtungen. In diesem Zusammenhang verabschiedeten die Aussenminister in Maastricht einen neuen Beschluss über Wahlen, genauer gesagt über Möglichkeiten einer effizienteren Hilfestellung für Teilnehmerstaaten im Gefolge der in Wahlbeobachtungsberichten des BDIMR abgegebenen Empfehlungen und über die Notwendigkeit zusätzlicher Verpflichtungen in Bezug auf Wahlen, die den neuen Realitäten angepasst sind.

⇒ **Die Schweiz finanzierte die Veröffentlichung dieses Dokuments. Zudem beteiligte sie sich aktiv an der Ausarbeitung des in Maastricht verabschiedeten neuen Beschlusses über Wahlen.**

In Maastricht gelangte auch ein umfassender Aktionsplan zur Verbesserung der Gesamtsituation von Roma und Sinti zur Verabschiedung.

Auf Antrag von zehn Teilnehmerstaaten wurde für Turkmenistan der Moskauer Mechanismus ausgelöst. Der Moskauer Mechanismus wurde 1991 eingeführt und berechtigt zur Ermittlung von Verstössen gegen die Verpflichtungen der menschlichen Dimension, dies auch ohne Einwilligung des betroffenen Staats. Er wurde gegen Turkmenistan angewandt, um die Umstände des mutmasslichen Attentats vom November 2002 gegen Präsident Nijasow zu prüfen und insbesondere das Vorgehen der turkmenischen Behörden bei den Ermittlungen zu klären. Der Berichterstatter, der französische Professor Emmanuel Décaux, legte seinen Bericht Ende Februar vor. Der niederländische Vorsitz, der Anfang März nach Turkmenistan reiste, forderte die turkmenischen Behörden auf, die Empfehlungen des Berichts zu berücksichtigen.

Am Treffen zur Umsetzung der menschlichen Dimension, das wie immer vom Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Warschau organisiert wurde, nahmen dieses Jahr 800 Personen teil (Vertreter von 51 Teilnehmerstaaten, 30 internationalen Organisationen und 200 NGO). Dank der 2002 eingeführten neuen Modalitäten konnte das Treffen auf aktuelle Themen fokussiert werden: Nach einer Woche, die einem Tour d'Horizon der Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE gewidmet war, wurden in der zweiten Woche Spezialthemen behandelt (dieses Jahr: "Verhütung von Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"; "nationale Minderheiten" und "Wanderarbeiter"). Das jährliche Seminar 2003, das ebenfalls vom BDIMR in Warschau organisiert wurde, befasste sich mit der Mitwirkung von Frauen am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

⇒ **Am Warschauer Treffen leistete die Schweizer Delegation unter anderem politische Unterstützung für einen neuen Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels, warb für die Durchführung einer Reihe von Seminaren und Konferenzen zum Thema Toleranz und schlug vor, neue Verpflichtungen im Rahmen von Wahlen zu erarbeiten, mit denen die Transparenz bei der Organisation und Durchführung von Wahlen verbessert und das politische Follow-up der verschiedenen Beobachtungsmissionen sichergestellt werden könnten.**

Schliesslich organisierte die OSZE zusätzlich zu den Aktivitäten des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte drei Ergänzungstreffen in Wien, die sich mit den Roma und Sinti, der Religions- und Glaubensfreiheit und der Verhütung von Folter befassten. Der niederländische Vorsitz organisierte zudem in Den Haag eine Konferenz über die Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung.

⇒ **Insgesamt hat sich bestätigt, dass die OSZE ein wichtiges Instrument der schweizerischen Menschenrechtspolitik ist. Die Schweiz zeichnet sich aus durch ihre konstruktiven Empfehlungen, insbesondere in Schwerpunktbereichen wie Todesstrafe, Folter, Medien, Meinungsäusserungsfreiheit, Minderheiten, Menschenhandel, Menschenrechtsverteidiger und Rechtsstaatlichkeit. 2003 wurde unser Land regelmässig auf verschiedenen Ebenen tätig (Vorstösse unserer Delegation an den wöchentlichen Sitzungen des Ständigen Rats, Vorbereitungsarbeiten für Beschlüsse des Ministerrats, Zusammenarbeit mit NGO, Teilnahme an Seminaren und Sonderkonferenzen).**

6. DIE INSTITUTIONEN DER OSZE

6.1 Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Im März 2003 trat der Österreicher Christian Strohal die Nachfolge des Schweizer Gérard Stoudmann an der Spitze des BDIMR an. Der neue Leiter konnte – auch dank einer Erhöhung des Budgets (2003: 9 500 000 Euro) – Reformen einleiten, mit denen die Aktivitäten des BDIMR ausgeweitet und stärker strukturiert werden sollen. Zudem legte er durch die Schaffung einer neuen Abteilung einen Schwerpunkt auf das "Monitoring" der Menschenrechte (neben den Abteilungen "Wahlen" und "Demokratisierung"), schuf eine Stelle für Projektkoordination und setzte sich für eine Verbesserung der Finanzgrundlage für Projektaktivitäten ein (Erhöhung des "Core budget"). Diese Reformen sollten eine bessere Planung der Aktivitäten und ein effizienteres Budgetmanagement ermöglichen.

Bei den thematischen Schwerpunkten des BDIMR im Jahr 2003 sind die Terrorismusbekämpfung und die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung zu erwähnen. Zu den wichtigsten Aktivitäten gehörten Projekte zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung der Folter und des Menschenhandels, zur Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft, zur Situation der Roma und Sinti und zum Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung.

Die Haupttätigkeit (und der grösste Teil des Budgets) des BDIMR betraf wie immer die Wahlen. Neben verschiedenen Projekten in diesem Bereich (technische und juristische Hilfe, administrative Unterstützung, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Ausbildung von Wahlhelfern) leitete die BDIMR etwa ein Dutzend Wahlbeobachtungsmissionen. Dabei setzte sich das BDIMR für die Entwicklung eines längerfristigen Ansatzes bei der Wahlbeobachtung ein: Es wäre unter anderem wünschenswert, wenn die Umsetzung der Empfehlungen der Wahlbeobachtungsmissionen systematischer überwacht würde. In diesem Zusammenhang wurde das in Kapitel 5 erwähnte Dokument verfasst, dessen Publikation die Schweiz finanzierte.

- ⇒ Die Schweiz stellte insgesamt 50 Experten des Schweizerischen Expertenpools (SEF) für Wahlbeobachtungsmissionen in Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kroatien, Moldova sowie Serbien und Montenegro zur Verfügung.
- ⇒ Zudem stellte die Schweiz der Abteilung Demokratisierung des BDIMR in Warschau einen "Rule of Law Officer" zur Verfügung.
- ⇒ Wie jedes Jahr finanzierte die Schweiz Projekte des BDIMR. 2003 stellte sie insgesamt rund 300 000 Franken zur Verfügung, vor allem für Wahlen, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Ausbildung von Juristen.

6.2. Der Beauftragte für Medienfreiheit

Seinem Mandat entsprechend beobachtete der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, der Deutsche Freimut Duve, weiterhin die Entwicklungen im Bereich der Medien und prangerte Verstöße gegen die Meinungsäußerungsfreiheit an.

2003 beschäftigte sich das Büro von Freimut Duve vor allem mit Themen wie Medienfreiheit und Internet, Medien und bewaffnete Konflikte, redaktionelle Unabhängigkeit der Medien sowie Medien in mehrsprachigen Gesellschaften. In diesem Zusammenhang wurde ein Projekt lanciert, das die positive Rolle der Medien bei der Förderung von Toleranz und der Bekämpfung von Vorurteilen untersucht.

- ⇒ Im Rahmen dieses Projekts veröffentlichte das Büro des Beauftragten für die Medienfreiheit eine Studie zur Situation der Medien in 5 mehrsprachigen Ländern (Mazedonien, Moldova, Luxemburg, Serbien und Montenegro und Schweiz). Diese Studie wurde im März anlässlich einer Konferenz, die mit dem Institut für Medienwissenschaften der Universität Bern organisiert wurde, vorgestellt.

In seinem letzten Bericht an den Ständigen Rat im Dezember – Freimut Duve verliess seinen Posten Ende 2003 nach zwei aufeinander folgenden Mandaten – zeigte sich der Beauftragte für Medienfreiheit beunruhigt über die Verschlechterung der Situation in vielen OSZE-Ländern. Zudem untersuchte er gewisse Formen der Zensur, wie die Druckmethoden, mit denen Journalisten gezwungen werden, Selbstzensur auszuüben (Gesetze gegen üble Nachrede, Polizeischikanen, falsche strafrechtliche Beschuldigungen usw.).

- ⇒ Die Schweiz war mit ihrer Kampagne für die Ernennung von Alain Modoux aktiv an der Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für Freimut Duve beteiligt. Ende Jahr war der Schweizer Kandidat immer noch im Rennen um diesen Posten, da die 55 Teilnehmerstaaten noch keinen Konsenskandidaten gefunden hatten.

6.3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

Obwohl sein Mandat auf der politisch-militärischen Dimension der OSZE beruht, wird der HKNM oft als Instrument der menschlichen Dimension verstanden. Botschafter Ekeus, der dieses Amt seit 2001 innehat, setzte seine stille Diplomatie und seine Projekte in zahlreichen Ländern Europas fort. Er setzte insbesondere seine Untersuchung der interethnischen Beziehungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten fort, um Lösungsmöglichkeiten für Spannungen zu identifizieren, die die Stabilität einer OSZE-Region gefährden können.

Im vergangenen Jahr interessierte sich der HKNM vor allem für die Rolle der Medien, bürgerrechtliche Fragen, sozio-ökonomische Aspekte der interethnischen Beziehungen und die Situation der Roma und Sinti. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der euro-atlantischen Strukturen untersuchte der HKNM detailliert die Situation von Minderheiten in gewissen Ländern Zentraleuropas. Er bestand insbesondere darauf, dass der europäische Konvent in die Verfassung einen Passus einfügte, in dem die Respektierung und der Schutz der nationalen Minderheiten explizit verlangt wird.

⇒ **Die Schweiz stellt dem HKNM einen Projektkoordinator zur Verfügung.**

7. DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Gegründet am Gipfel von Paris 1990, der u.a. die Einbindung der nationalen Parlamente in die OSZE forderte, erstarkte die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV) im Laufe der Zeit zu einer weiteren wichtigen OSZE-Institution. In dieser Versammlung, die den interparlamentarischen Dialog fördern soll, nehmen insgesamt 317 Abgeordnete aus den 55 OSZE-Teilnehmerstaaten Einsitz.

Die 12. Jahresversammlung der OSZE PV fand in Rotterdam statt und behandelte "Die Rolle der OSZE in der neuen europäischen Architektur". Endergebnis war die "Erklärung von Rotterdam", bestehend aus drei Hauptentscheidungen und einer Vielzahl von Einzelentscheidungen zu aktuellen Themen. Die Herausarbeitung der komparativen Vorteile der OSZE gegenüber der UNO, der EU, der NATO und dem Europarat zog sich als roter Faden durch die Erklärung: Die starke OSZE-Feldpräsenz, die Fähigkeit der Organisation, auf Bedrohungen und Risiken flexibel zu reagieren, und die etablierte Dialogkultur zwischen Zivilgesellschaft, Parlament und Regierung wurden als Abgrenzungskriterien genannt. Bruce George wurde einstimmig bis Ende Sitzungsperiode 2004 wieder gewählt.

Eine weitere wichtige Veranstaltung auf der Agenda der OSZE PV war das Wintertreffen in Wien, das zum zweiten Mal durchgeführt wurde, ein Follow-up der "Erklärung von Berlin" (2002) ermöglichte und die Jahresversammlung in Rotterdam vorbereitete. Der 1996 etablierte OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie wurde der russischen Journalistin Anna Politkovskaya für ihre objektive Berichterstattung zu Tschetschenien verliehen.

Schliesslich spielte die OSZE PV bei Wahlbeobachtungen, namentlich bei den Parlamentswahlen in Georgien im November und in der Russischen Föderation im Dezember 2003, eine bedeutende Rolle. Weiter war sie an den wichtigsten Veranstaltungen der regierungsseitigen OSZE vertreten, so auch am Maastrichter Ministerrat, an dem sich die OSZE PV für mehr Flexibilität in der Konsensregel aussprach. Mit ihren Ad-hoc-Ausschüssen wurden überdies spezifische Themen wie die transparentere Ausgestaltung des OSZE-Budgetprozesses, der Dialog mit Belarus, der Status von Transnistrien oder die Situation in Abchasien vertieft.

⇒ **Die Schweizer Parlamentarierdelegation bei der OSZE PV, die am Wintertreffen in Wien sowie an der Jahresversammlung in Rotterdam teilgenommen hatte, setzte sich bis zu den Nationalratswahlen am 19. Oktober aus folgenden Mitgliedern zusammen: Barbara Haering (SPS, ZH, *Präsidentin der Delegation*; Vizepräsidentin der OSZE PV; Mitglied der Ad-hoc-Kommission für Abchasien und der Arbeitsgruppe zur Entwicklung von OSZE-Strukturen), Hans-Rudolf Merz (FDP, AR, *Vizepräsident der Delegation*), Hans Fünfschilling (FDP, BL), Walter Hess (CVP, SG), Pierre Paupe (CVP, JU) und Ulrich Schlüer (SVP, ZH).**

⇒ **Am 14.-16. Mai war Bern Austragungsort der Subregionalen Konferenz zur Förderung von KMU. Abgeordnete aus über 30 OSZE-Teilnehmerstaaten verabschiedeten die "Erklärung von Bern zur Förderung von KMU". Darin wurden die Teilnehmerstaaten aufgerufen, gesetzliche Rahmenbedingungen, Ausführungsbestimmungen und Steuersysteme zu schaffen, die der ungehinderten Entwicklung von KMU zuträglich sind.**

⇒ **Der Präsident der OSZE PV, Bruce George, designierte Barbara Haering für den Ad-hoc-Ausschuss zu Abchasien.**

⇒ **Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier nahmen an mehreren vom**

⇒ **BDIMR organisierten Kurzzeit-Wahlbeobachtungen teil.**

8. BUDGET DER OSZE UND BEITRÄGE DER SCHWEIZ

Der Pflichtbeitrag der Schweiz für den regulären Haushalt der OSZE belief sich für 2003 auf knapp 4,4 Millionen Euro oder ca. 6,6 Millionen Schweizerfranken.

Hinzu kommen die freiwillige Finanzierung von zahlreichen OSZE-Projekten sowie die sog. Sekundierungen und Personalentsendungen für BDIMR-Wahlbeobachtungen, die durch den Expertenpool für zivile Friedensförderung (SEF) finanziert werden. Im Jahre 2003 wurden für Sekundierungen ca. 1,9 Millionen, für Wahlbeobachtungen ca. 600 000 Schweizerfranken ausgegeben. Dazu gehört zum Beispiel die Entsendung eines Experten ("Business System Advisor") an das OSZE-Sekretariat in Wien. Das BDIMR wurde mit ungefähr 300 000 Schweizerfranken unterstützt.

9. Schlussbemerkungen

Die OSZE blickt auf ein arbeitsreiches Jahr zurück. Wichtige Grundlagenpapiere haben der Organisation neue Aufgaben übertragen. Nun gilt es, insbesondere den Aktionsplan gegen den Menschenhandel sowie die Strategiepapiere über die neuen Bedrohungen im 21. Jahrhundert und die Wirtschafts- und Umweltdimension in die Tat umzusetzen.

Die vom Terrorismus und den verschiedenen Formen des illegalen Handels ausgehenden Gefahren und Probleme zeigen auch für die OSZE die Notwendigkeit eines umfassenden Grenzsicherheitssystems auf. Bis Ende 2004 soll ein OSZE-Konzept für den Grenzschutz ausgearbeitet werden. Ziel ist eine bessere Sicherung der Grenzen ohne Beeinträchtigung des Freihandels oder des Personenverkehrs.

Das Gütezeichen der Organisation – die umfangreiche Feldpräsenz – wird von den OSZE-Teilnehmerstaaten zusehends einer kritischen Prüfung unterzogen. Getadelt wird die geographische Ausrichtung der Missionen, die ohne Ausnahme "östlich von Wien" angesiedelt sind. Nach dem Dafürhalten einiger Teilnehmerstaaten konzentriert sich die Projektstätigkeit der Missionen zu sehr auf die menschliche Dimension, was der wirtschaftlichen und politisch-militärischen Dimension zum Nachteil gereiche. Zudem wird untersucht, wie die Zusammenarbeit zwischen den Missionen und ihren Gaststaaten verbessert werden kann. Die OSZE wird sich dieser Diskussion im Hinblick auf eine eventuelle Reform der Feldpräsenz stellen müssen.

Die Reformdiskussion beinhaltet zusätzliche Fragen wie die Struktur des Sekretariats in Wien, die Verfahrensregeln der OSZE und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. Zudem werden Überlegungen über eine verstärkte Kooperation mit den Nachbarstaaten des OSZE-Raums angestellt. Afghanistan ist 2003 in den Kreis der offiziellen OSZE-Kooperationspartner aufgenommen worden.

Die zahlreichen Probleme im Zusammenhang mit den so genannten eingefrorenen Konflikten im OSZE-Raum werden die Organisation weiterhin beschäftigen. Die OSZE verfügt über konkrete, von allen Teilnehmerstaaten getragene Mandate, die Konflikte in Moldova, Georgien und in der Nagorny-Karabach-Region einer permanenten politischen Lösung zuzuführen. Zentralasien rückt immer stärker ins Blickfeld, und die jüngsten Ereignisse im Kosovo haben gezeigt, dass auch im Balkan auf die Aktivitäten der OSZE im Bereich der Konfliktnachsorge nicht verzichtet werden kann.

BEILAGEN

BEILAGE 1: NÜTZLICHE INTERNET-ADRESSEN

- OSZE: www.osce.org
- OSZE-Sekretariat: www.osce.org/secretariat
- Ständiger Rat: www.osce.org/pc
- Forum für Sicherheitskooperation: www.osce.org/fsc
- Wirtschaftsforum: www.osce.org/eea/forum
- Ministerratstreffen: www.osce.org/mc
- Gipfeltreffen: www.osce.org/summits
- Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR):
www.osce.org/odhir
- Der Beauftragte für Medienfreiheit: www.osce.org/fom
- Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM): www.osce.org/hcmn
- Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Tätigkeiten:
www.osce.org/eea
- Schlichtungs- und Schiedsgerichtshof: www.osce.org/cca
- Parlamentarische Versammlung der OSZE: www.oscepa.org.

BEILAGE 2: FELDAKTIVITÄTEN DER OSZE

Feldaktivitäten der OSZE in Südosteuropa



Feldaktivitäten der OSZE in Osteuropa



Feldaktivitäten der OSZE im Kaukasus



Feldaktivitäten der OSZE in Zentralasien

